



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Michael Schrodi, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bundesministerin für Wirtschaft und
Energie
Frau Katherina Reiche

Per E-Mail an
Katherina.Reiche@bmwe.bund.de

Berlin, 15.10.2026

Bezug:
Anlagen:

Michael Schrodi, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.332
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142-5010589
Michael.schrodi.wk@bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister der Finanzen

EEG-Novelle 2027 – Windkraftausbau in Bayern und Süddeutschland stärken

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,

ich wende mich heute als bayerischer
Bundestagsabgeordneter an Sie, um auf die Bedeutung der
anstehenden Novellierung des Erneuerbare-Energien-
Gesetzes (EEG) und des Netzpaketes für den
Windkraftausbau in Bayern und Süddeutschland
aufmerksam zu machen. In Gesprächen mit
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Verbänden
vor Ort wird sehr deutlich: Es gibt zahlreiche Projekte in
diesem Bereich, die sofort umgesetzt werden könnten, eine
hohe Akzeptanz erfahren und von Bürgerinnen und
Bürgern unterstützt werden.

Die von Ihrem Haus vorgelegte EEG-Novelle droht, den
Windkraftausbau abzuwürgen. Im Koalitionsvertrag haben
wir uns darauf verständigt, die Potenziale der erneuerbaren
Energien konsequent zu nutzen und unsere Abhängigkeit
von fossilen Energieträgern zu reduzieren. Gerade die
aktuelle geopolitische Lage zeigt, wie wichtig eine
unabhängige, sichere und bezahlbare Energieversorgung auf
Basis heimischer, erneuerbarer Quellen ist. Dafür müssen
wir den Ausbau in allen Regionen Deutschlands
voranbringen.



In Bayern befindet sich ein erheblicher Teil unserer energieintensiven Industrie. Ein stärkerer Ausbau der regenerativen Energien vor Ort würde die industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken. Zudem können zusätzliche Erzeugungskapazitäten im Süden die Netze entlasten und dazu beitragen, Redispatchkosten zu senken.

Bedauerlicherweise ist der Windkraftausbau in den vergangenen Jahren im Süden jedoch deutlich hinter dem erforderlichen Niveau zurückgeblieben. Die Erneuerbaren-Energien-Verbände aus Bayern und Baden-Württemberg beziffern die Windstromlücke bis 2030 auf insgesamt rund 10 GW. Gleichzeitig liegen ausreichend Genehmigungsanträge vor, um zusätzliche Ausschreibungsmengen mit konkreten Projekten zu unterlegen.

Ich bitte Sie deshalb, im Rahmen der EEG-Novelle die Möglichkeit gesonderter Ausschreibungssegmente für Windenergieprojekte in Bayern und Baden-Württemberg zu prüfen. Die Volumina sollten dabei möglichst frühzeitig ausgeschrieben werden und ausreichend groß sein, um die Windstromlücke im Süden zu beheben.

Die bisher vorgesehene regionale Differenzierung im Referenzertragsmodell sehe ich kritisch. Die Verbesserung der Förderbedingungen für windschwächere Standorte im Süden ist zwar ein lobenswerter Ansatz, darf aber nicht mit schlechteren Investitionsbedingungen für Projekte in anderen Regionen einhergehen. Stattdessen sollten wir zusätzliche Anreize für den Windkraftausbau im Süden schaffen, ohne bestehende Investitionsanreize bundesweit zu schwächen.

Zugleich brauchen Projektierer und Kommunen Planungssicherheit. Genehmigte und weit fortgeschrittene Vorhaben müssen angemessen geschützt werden. Ergänzend sind geeignete Übergangs- und Härtefallregelungen für standort- oder behördlich bedingte Mindererträge erforderlich. Auch die kumulativen Auswirkungen der geplanten Änderungen auf die Wirtschaftlichkeit von Windenergieprojekten und den Ausbau insgesamt sollten sorgfältig bewertet werden.

Die EEG-Novelle 2027 bietet die Chance, regionale Ungleichgewichte abzubauen und zugleich Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Ich bitte Sie daher, gezielte Sonderausschreibungen für Bayern und Baden-Württemberg sowie verlässliche Investitionsbedingungen bei der weiteren Ausgestaltung der Reform zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schrodi, MdB